

KARL JOSEF RIVINIUS

Die Indizierung Theodor Wackers: Streit um den Charakter der Zentrums- partei im Kontext der Auseinandersetzungen um die christlichen Gewerkschaften

VORBEMERKUNGEN*

Eine starke Belastungsprobe für das innerkirchliche Leben in Deutschland nach der Jahrhundertwende und ein besonders schmerzliches Kapitel der jüngeren Kirchengeschichte stellte die Kontroverse um die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften dar. Die heftigen Auseinandersetzungen in dieser Frage sind zutreffend nur zu verstehen, wenn man den Gesamtrahmen mitbedenkt, innerhalb dessen sie im katholischen Raum

* Folgende Abkürzungen werden verwendet:

- AA = Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Päpstlicher Stuhl 3, Nr. 2: Kirchliche Würdenträger; Päpstlicher Stuhl 26. Geheim: Stellung der Kurie zu den christlichen Gewerkschaften; Vatikan Bd. 1053: Geheim. Lose Geheimsachen (1910–1914; Briefe von Gesandten von Mühlberg, von Bergen, von Hartmann, Baumgarten, Kopp).
- AGG = Archiv der Görres-Gesellschaft in München. Nr. 4: Politische und wissenschaftliche Korrespondenz von Hertlings.
- BAT = Bistumsarchiv Trier. Abt. 108: Nachlaß Korum. Nr. 377: Zentrums-
partei 1881–1918.
- BayHStA = Bayerisches Hauptstaatsarchiv München. Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905–906: Die Frage der christlichen Gewerkschaften in Deutschland sowie des konfessionellen Charakters der deutschen Zentrums-
partei, die Indizierung des badischen Zentrumsvorsitzenden Professor Theodor Wacker, das Auftreten des Integralismus in Deutschland und die Einmischung des Bischofs Archi von Como in innerdeutsche Verhältnisse (1912–1914); Päpstlicher Stuhl 912: Politischer Schriftwechsel (1914).
- EAF = Erzbischöfliches Archiv Freiburg. Personalien Theodor Wacker.
- EAM = Erzbischöfliches Archiv München. Kasten 29/2: Kölner Richtung und Berliner Richtung. Gewerkschaftsstreit 1912.
- HAStK = Historisches Archiv der Stadt Köln. 1006: Depositum Carl Bachem. 981: Christliche Gewerkschaften bis zum Tode Pius' X., 20. August 1914.
- HpBl = Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, München 1838–1923.
- KV = Kölnische Volkszeitung.

ausgetragen wurden. Sie hingen wesentlich zusammen mit den Ereignissen und Vorgängen um den Modernismus. Zwei Grundpositionen befanden sich im schroffen Gegensatz zueinander, die von ihren je unterschiedlichen Voraussetzungen und Zielvorstellungen nicht in Einklang zu bringen waren.

Die konzeptionellen Meinungsverschiedenheiten traten zutage vornehmlich bei der kontroversen Diskussion über den Charakter der Zentrumspartei, im sogenannten Literaturstreit, und bei der Erörterung der Frage, ob es vom katholischen Glaubens- und Kirchenverständnis her zulässig sei, daß Protestanten und Katholiken sich in Gewerkschaften gemeinsam organisierten, um so ihre berechtigten Anliegen gegenüber den Arbeitgebern wirksamer zu Gehör zu bringen und leichter durchsetzen zu können¹. Vorrangiges Ziel der deutschen Reformkatholiken war es, die Ghetto mentalität zu überwinden. Gemäß ihrer fortschrittlichen, realistischen Einstellung und ihrer Sensibilität für den vielschichtigen wie grundlegenden Umwälzungsprozeß innerhalb der Gesellschaft suchten sie die Begegnung und Auseinandersetzung mit den geistigen, politischen und sozialen Zeitströmungen; darüber hinaus erstrebten sie die Aussöhnung der Kirche mit der modernen Wissenschaft und Kultur. Gegen diese »liberale« Geisteshaltung opponierten die konservativen Katholiken, die sogenannten Integralisten. Vor aller Öffentlichkeit wurde der peinliche

¹ In einer zeitgenössischen Veröffentlichung heißt es zu diesem Problemkomplex: »Literaturstreit, Gewerkschaftsstreit, Zentrumsstreit: Drei Phasen eines geistigen Ringens, das auf verschiedenen Gebieten den gleichen grundsätzlichen Gegensatz zum Austrag brachte, und zugleich drei sehr betrübliche Kapitel aus der jüngsten Geschichte des katholischen Deutschlands. Den Auftakt dieses Kampfes, in welchem die Parole hier »Abschließung im sicher umfriedeten Kreis«, dort »Wettbewerb in der Volksgesamtheit« lautet, bildete der sog. Literaturstreit. Seine besondere Art war, daß die Auseinandersetzung über die Prinzipienfragen eigentliche Konsequenzen für das praktische Handeln nur denen auferlegte, die selber sich am Streite beteiligen wollten. Die breiten Massen blieben unberührt von den Fehdegängen zwischen den literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Lagern . . . Viel weitertragend in ihren Folgen und gefährlicher für die Stellung des katholischen Volksteils in der deutschen Nation wurden die späteren, aus dem gleichen Gegensatz herausgewachsenen und zum Teil auch von denselben Männern verfochtenen Streitigkeiten über die Organisationsform der Katholiken auf dem politischen und sozialen Gebiet: theoretisch, ob »katholische« oder »interkonfessionelle« Organisation; praktisch, ob das Zentrum eine »katholische« Partei oder eine »politische nichtkonfessionelle« Partei sein sollte, ob die katholischen Arbeiter sich den christlichen Gewerkschaften oder katholischen gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen hätten. Die Kämpfe zogen das ganze katholische Deutschland in Mitleidenschaft. Die beiden Bewegungen laufen parallel und sind durch vielfältige Querfäden miteinander verknüpft. Beide sind heute auf einem Höhepunkt angelangt« (*Heinz Brauweiler*, *Der Kern und die Bedeutung des »Zentrumsstreits«*, in: *Hochland* 11/II (1914) 75–90; hier: 75).

Bruderzwist ausgetragen, der von den areligiösen und kirchenfeindlichen Gruppierungen mit unverhohlener Schadenfreude registriert, ja selbst als willkommene Argumentationshilfe gegen Kirche und Glauben verwendet wurde.

Hier ist nicht der Ort, uns mit der angedeuteten Gesamtproblematik näher zu beschäftigen. Zu allen Teilaspekten liegt eine Vielzahl von Untersuchungen vor. Im folgenden soll lediglich am Beispiel der Indizierung eines Schriftchens von *Theodor Wacker* die heftige Kontroverse innerhalb des deutschen Katholizismus um den Charakter der Zentrumspartei und um die Existenz der christlichen Gewerkschaften etwas näher dargestellt werden. Von integralistischer Seite, den sogenannten »Berlinern«, verdächtigte man die führenden Vertreter beider Einrichtungen, zwischen denen enge wechselseitige und vielfältige Beziehungen bestanden, und die vorrangig von den sogenannten »Kölnern« bzw. »Mönchen-Gladbachern« repräsentiert wurden, modernistischer Gesinnung und warf ihnen Verrat an der katholischen Sache vor, weil sie einem Interkonfessionalismus huldigten, der die bestehenden Unterschiede zwischen der katholischen und protestantischen Glaubensgemeinschaft verwische und einem religiösen Indifferentismus Vorschub leiste. Gegen diese Unterstellung und massiven Angriffe der sogenannten »Quertreiber« setzte sich die »Kölner Richtung« verständlicherweise energisch zur Wehr, indem sie die vorgebrachten Verdächtigungen als unbegründet zurückwies und ihre Loyalität gegenüber dem kirchlichen Lehramt und dem katholischen Glauben entschieden bekannte.

I. PROGRAMMATISCHE ERKLÄRUNG

DES REICHAUSSCHUSSES DER DEUTSCHEN ZENTRUMSPARTEI UND VERLAUTBARUNG DES EPISKOPATS DER NIEDERRHEINISCHEN KIRCHENPROVINZ

Um die Vorgänge im Zusammenhang mit der Indizierung *Theodor Wackers* zutreffender einordnen und beurteilen zu können, ist der historische Hintergrund aufzuzeigen und der Rahmen abzustecken, innerhalb dessen sie erfolgte. Zunächst ist dabei einzugehen auf den neugebildeten »Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei«, der eine Abwehrreaktion gegen die Angriffe der »Integralen« beschloß. In Zentrumskreisen war man nicht länger gewillt, die infolge der »Berliner« Treibereien um sich greifende Verunsicherung und Verbitterung breiter Schichten der katholischen Bevölkerung tatenlos hinzunehmen.

Nach langjährigen und schwierigen Beratungen über den organisatorischen und strukturellen Ausbau der Zentrumspartei konnte am 8. Februar 1914 in Berlin der »Reichsausschuß der Zentrumspartei« gegründet werden². Ihm oblag fortan die oberste Leitung der Partei in Reichsangelegenheiten, vor allem die Erarbeitung der Parteisatzung und des Parteiprogramms. Auf der konstituierenden Sitzung verabschiedete man nach vertraulicher Besprechung einstimmig einen Aufruf³, worin unter Hinweis auf die Gründer der Partei und ihre Vergangenheit betont wird, daß sich das Zentrum diesem Geist weiter verpflichtet weiß. Insbesondere unterstreicht die Erklärung, daß das Zentrum eine grundsätzlich politische und nicht eine konfessionelle Partei sei. Unter Ablehnung jeder weiteren Definition wird lapidar festgestellt: »Das Zentrum soll bleiben, wie es war und ist.« Bedeutsam war ebenfalls die Stellungnahme des Zentrums zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, die es vorbehaltlos bejahte. Dazu heißt es, das Zentrum müsse größten Wert darauf legen, daß seine Anhänger in den sozialen und wirtschaftlichen Organisationen tatkräftig mitarbeiten, um den Aufschwung von Land und Volk auch nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten zu fördern. Alle Mitglieder der Zentrumspartei werden aufgefordert, in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entschlossen tätig zu werden. Sie »müssen von der Überzeugung durchdrungen sein, daß gegenüber der stetig wachsenden Macht der staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die christlich-nationale Arbeiterbewegung nur dann voll zur Geltung kommen kann, wenn alles hintangehalten wird, was ihre Einigkeit und ruhige Entwicklung gefährdet«.

² Ein Überblick über die historische Entwicklung bis zur Konstituierung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei bei: *Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815–1914, Bd. 7, Köln 1930, 422–437.

³ Der offiziöse Zentrumschronist *Carl Bachem* berichtete darüber am 10. Februar Bischof *Bernhard Döbbing* von Sutri und Nepi: »Auch dieser Aufruf beschäftigt sich zum Schlusse mit der Frage der Quertreiber. Ich darf Euerer bischöflichen Gnaden mitteilen, daß in diesem Ausschusse absolute Einmütigkeit herrschte und nicht eine einzige Stimme sich erhoben hat, welche auch nur im Entferntesten dem Grafen Oppersdorff oder den sonstigen Quertreibern beizupflichten gesonnen war. Auch bei Beratung dieses Aufrufes war es die allgemeine Meinung, starke Ausdrücke zu vermeiden. Ich darf aber versichern, daß starke und sehr starke Ausdrücke der wirklichen Stimmung der Versammlung weit mehr entsprochen haben würden wie die jetzige ruhige und zurückhaltende Ausdrucksweise« (Ediert von *Karl Josef Rivinius*, *Der Streit um die christlichen Gewerkschaften im Briefwechsel zwischen Carl Bachem, P. Pankrätius Rathscheck und Bischof Döbbing vom Erscheinen der Enzyklika »Singulari quadam« bis zum Tod Kardinals Kopp (1912–1914)*, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 23 (1982) 129–216; hier: 205).

Mit Verweis auf die Verleumdungs- und Verdächtigungskampagnen integralistischer Kreise heißt es wörtlich weiter: »Die segensreiche Tätigkeit der Partei und der Fraktionen, ihre Disziplin und Geschlossenheit sind fest verankert in dem unerschütterlichen Vertrauen der Zentrums-wähler. Dieses Vertrauen wird seit längerer Zeit von einzelnen Personen und Preßorganen zu unterwühlen gesucht. Selbst die kirchliche Gesinnung altverdienter katholischer Mitglieder des Zentrums wird verdächtigt. So grundlose Angriffe weisen wir mit Entrüstung zurück. Sie führen zur Verwirrung der Geister und erschweren dem Zentrum die Erfüllung seiner großen Aufgaben, insbesondere auch den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche und die Gleichberechtigung des katholischen Volksteils. Die Träger dieser Verdächtigungen haben sich selbst außerhalb der Partei gestellt: sie sind als Feinde des Zentrums zu betrachten und zu behandeln . . . Wehrt jede Zwietracht mit Kraft und Entschiedenheit ab. Die Stärke der Zentrumspartei ruht auf ihrer festgeschlossenen Einigkeit!«⁴

Die Resonanz auf diese Verlautbarung war in Zentrumskreisen durchgehend positiv. Gegenüber den Integralen hatte sie auf politischem Gebiet völlige Klarheit geschaffen, zugleich orientierend und beruhigend gewirkt⁵. Die in Trier erscheinenden und der »Berliner« Richtung nahestehenden »Petrus-Blätter« bemühten sich geflissentlich, den Wortlaut des Aufrufs so zu interpretieren, als gäbe er auch ihre eigene Auffassung wieder. Sie erklärten sich »gerne bereit«, ihn in der Weise zu unterschreiben, »wie es soeben von allen Zentrumsabgeordneten verlangt« werde⁶. Denn in allen Punkten, versicherten sie, enthalte er »nur Forderungen, die wir stets vertreten haben und die nie streitig waren«⁷. Allerdings kritisierten sie das vollständige Übergehen der einzigen Streitfrage, »daß die Tätigkeit des Zentrums sich grundsätzlich im Einklang mit den Lehren der Kirche zu halten hat . . . Und

⁴ Ein gedrucktes Exemplar dieses Aufrufs, aus dem zitiert wurde, befindet sich im: HASTK, 1006/981; dieser Aufruf ist unter anderem auch wiedergegeben bei: *Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 7, 433f.

⁵ Hierzu siehe: »Eine Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei«, in: KV, Nr. 118 vom 9. Februar 1914; »Krieg im Zentrum«, in: *Vossische Zeitung* vom 9. Februar 1914; »Der Reichsausschuß der Zentrumspartei«, in: *HpBl* 153/I (1914) 311–315.

⁶ *Petrus-Blätter*. Wochenschrift zur Beurteilung unserer Zeit im Lichte des römisch-katholischen Glaubens, Nr. 21 vom 18. Februar 1914, 248.

⁷ Ebenda, 249.

infolgedessen sind wir durch diese Erklärung auch heute noch keinen Schritt weiter gekommen wie bisher«⁸.

In dieser Stellungnahme wurde der eigentliche Kritikpunkt offenkundig und deutlich greifbar, um den sich die gesamte Kontroverse zwischen den Vertretern der »Kölner« und der »Berliner« Richtung letztlich drehte. Die in dieser Frage unterschiedlichen und sich unversöhnlich gegenüberstehenden Positionen ließen erkennen, daß eine Beendigung der Streitigkeiten noch nicht abzusehen war, vielmehr sich innerhalb des deutschen Katholizismus neue Konflikte ankündigten. Auch die hochbedeutsame und für das kirchliche Leben in Deutschland so weittragende Erklärung der Bischöfe der Niederrheinischen Kirchenprovinz an den Klerus ihrer Diözesen vom 13. Februar 1914, die im Hinblick auf die kontroverse Diskussion über die Erlaubtheit interkonfessioneller, christlicher Gewerkschaften hatte beruhigend wirken wollen und die eindringlich mahnte, jegliche Polemik zu unterlassen, vermochte die verhärteten Fronten nicht aufzubrechen und die Querelen zu beenden. In dem oberhirtlichen Schreiben hatte der westdeutsche Episkopat mit Verweis auf die ausdrücklichen Weisungen des Hl. Vaters und auf die volle Übereinstimmung mit den Verlautbarungen der Fuldaer Bischofskonferenz jede Maßlosigkeit in Kritik und Angriff scharf verurteilt und an die Diözesanen appelliert, in den gegenwärtigen gefahrvollen Zeiten nicht Uneinigkeit in katholischen Kreisen zu fördern. Statt dessen sollten sie sich an ihren Bischof halten, »dessen Übereinstimmung mit den Weisungen des Heiligen Stuhles nicht der Beurteilung von Vereinen oder öffentlichen Blättern, sondern einzig dem Urteile dessen untersteht, dem Bischöfe und Diözesanen als gemeinsamen obersten Hirten folgen, und der unablässig betont: Wer treu zum Bischof hält, hält auch treu zu mir«⁹. Die Erklärung der westdeutschen Bischöfe fand nicht bei allen Anhängern der »Kölner« ungeteilte Zustimmung. Während die Zentrumspolitiker

⁸ In Nr. 7 vom 15. Februar 1914 setzte sich die von Graf *Oppersdorff* herausgegebene »Klarheit und Wahrheit. Katholische Wochenschrift für das öffentliche Leben« unter der Überschrift »Das Meisterstück« ausführlich und kritisch mit der Proklamation der Zentrumspartei auseinander. Die Wochenschrift zieht aus der Analyse des Wortlauts das Fazit: »Es ist für jeden, der lesen kann, eine Drohung in ›optima forma‹. Und mit dieser nackten Drohung gegen Papst und Episkopat schließt der sachliche Teil der Erklärung des neuen Reichsausschusses ab. Das ist ›die Unabhängigkeit, die Freiheit der Religionsgesellschaften, insbesondere der katholischen Kirche‹, die sie meinen« (67).

⁹ Zitiert nach: Niederrheinische Volkszeitung, Nr. 166, Zweites Blatt vom 16. Februar 1914; siehe ebenfalls: »Zur Kölner Bischofskonferenz«, in: KV, Nr. 136, Abend-Ausgabe vom 14. Februar 1914; »Kundgebung der Kölner Bischofskonferenz«, in: Germania, Nr. 74, Abendausgabe vom 16. Februar 1914; »Zu der Erklärung der Kölner Bischofskonferenz«, in: KV, Nr. 144, Mittags-Ausgabe vom 17. Februar 1914.

*Carl Bachem*¹⁰ und *Felix Porsch*¹¹ damit zufrieden waren, vermißte beispielsweise der Erzbischof von Freiburg, *Thomas Nörber*, in dem oberhirtlichen Erlaß »die energische Zurückweisung der Quertreiberclique«, weshalb von ihm kaum Erfolg zu erwarten sei. Andererseits war sich der Erzbischof im klaren, daß es infolge der Kölner Bekanntgabe erschwert sei, gegen das friedienstörende Treiben der »Berliner« eine Stellungnahme zu publizieren, wie er sie in seinem Entwurf für die Oberrheinische Kirchenprovinz beabsichtigt hatte, da die Bischöfe nicht gegenseitig ausgespielt werden dürften¹².

Selbst Kardinal *Georg Kopp* von Breslau, geistlicher Führer der »Berliner«, bemerkte dazu: »Man hat in Köln eine Erklärung verfaßt, die in den christlichen Gewerkschaftskreisen und im Zentrum wie auch in Berlin [nl. die Reichsregierung] eine große Enttäuschung bereiten wird . . . Danach ist nun das Aufsehen erregende Tagen einer Vollversammlung unnötig geworden. Denn widersprechen kann sie den Kölner Beschlüssen wohl nicht, ohne einen Dissens im Episkopate öffentlich festzulegen. Es bleibt den übrigen Bischöfen nur übrig, jenen Beschlüssen beizutreten, und das kann auch schriftlich geschehen. So stehen wir vor einer ganz neuen Sachlage, die sich noch gar nicht übersehen läßt . . . Ich beschränke mich vorerst darauf, die Erklärung an alle Bischöfe zu schicken und sie zu einer ausdrücklichen – nicht stillschweigenden – Äußerung aufzufordern.

¹⁰ Wie *Carl Bachem* dieses Pastoral Schreiben bewertet hat, hält ein Brief fest. In ihm steht: »Ich lese eben die Kundgebung der Kölner Bischofskonferenz vom Freitag. Ich finde sie recht geschickt. Indem anerkannt ist, daß der Papst zur endgültigen authentischen Auslegung der Enzyklika ›Singulari quadam‹ befugt ist, ist nicht ausgeschlossen, daß die Bischöfe, wie es in den Essener Erläuterungen geschehen ist, auch zur Auslegung, wenn auch nicht zur authentischen Auslegung, befugt sind. Im übrigen ist, wie mir scheint, zur Förderung der christlichen Gewerkschaften, wenn auch in vorsichtiger und gedämpfter Ausdrucksweise, alles gesagt, was gesagt werden konnte, und die ›Berliner‹ sind in ihrer Kritik und in ihren Angriffen auf die christlichen Gewerkschaften energisch zur Ordnung gerufen. Ich glaube allerdings nicht, daß es etwas nützt« (*Bachem an Porsch*, Steglitz, 15. Februar 1914; ediert von *Karl Josef Rivinius*, *Der Streit um die christlichen Gewerkschaften*, a. a. O., 211, Anmerkung 90).

¹¹ *Felix Porsch*, am 15. Februar vom Reichskanzler *Theobald von Bethmann-Hollweg* über seine Meinung bezüglich der Verlautbarung des Episkopats gefragt, äußerte sich darüber »sehr zufrieden«. In ihr werde zum ersten Mal von der »Erlaubtheit« der christlichen Gewerkschaften gesprochen; andererseits werde jede Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage dem Papst und dem Episkopat vorbehalten, allen Quertreibern jedoch der Mund verboten. Die oberhirtliche Erklärung sei ein Schritt vorwärts im Sinn der christlichen Gewerkschaften. Eine große Bedeutung komme auch der Mitunterschrift des Bischofs *Korum* zu (Aufzeichnung von *Bethmann-Hollweg* vom 19. Februar 1914; Abschrift in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 3).

¹² *Nörber* an den Erzbischof von München-Freising, *Franz von Bettinger*, Freiburg, 14. Februar 1914, in: EAM, Kasten 29/2; ein Exemplar des von *Nörber* vorbereiteten Entwurfs: ebenda.

Ich glaube, daß sie allgemein angenommen wird, und dann ist sie die Erklärung des Gesamtepiskopats.«¹³

II. GROSSKUNDGEBUNG DER ZENTRUMSPARTEI AM 15. FEBRUAR 1914 ZU ESSEN

Der mit dem Aufruf des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 8. Februar eingeleitete Abwehrkampf gegen die Hetze und Denunzierungen der »Berliner« fand seine Fortsetzung in den Zentrumskreisen nahestehenden Presseorganen und in mehreren spektakulären Veranstaltungen. Zu viel Unmut und Verbitterung infolge der unvermindert betriebenen Machenschaften von seiten der Integralen hatten sich im Zentrumslager und bei den christlichen Gewerkschaften angestaut, die nach öffentlichem Ausdruck strebten. Andererseits tat es not, um den Irritationen und der Verzagtheit in weiten Teilen des deutschen Katholizismus entgegenzusteuern, genau darzulegen, welche kirchlichen und politischen Grundpositionen man anerkannte und welche Ziele man verfolgte. Ruhe konnte erst wieder eintreten, wenn die Ursachen dieser Querelen radikal beseitigt waren.

Am 2. März 1914 tagte in Berlin die Frühjahrs-Generalversammlung des Augustinusvereins. Ungewöhnlich viele Vertreter der Zentrumspresse und Mitglieder des Augustinusvereins waren zu dieser Versammlung erschienen, ebenso nahmen zahlreiche Abgeordnete der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses daran teil. Man diskutierte ausführlich über die Gewerkschaftsfrage, über das Verhältnis des Zentrums zu den anderen Parteien und über seine Stellung zur Erneuerung der Handelsverträge. Im Mittelpunkt der Beratungen stand jedoch wie schon tags zuvor auf der imposanten Parteiveranstaltung des Zentrums der Rheinprovinz zu Köln¹⁴ die Erklärung des Reichsaus-

¹³ Fürstbischof *Kopp* hatte in einem Brief an den preußischen Gesandten beim Vatikan, *Otto von Mühlberg*, am 17. Februar 1914 Stellung genommen zur Kölner Bischofskonferenz: AA, Vatikan 1053. Beachte eine weitere »Berliner« Interpretation der Kundgebung des Episkopats der Niederrheinischen Kirchenprovinz vom 13. Februar: »Der Sieg der Enzyklika ›Singulari quadam‹«, in: Klarheit und Wahrheit, Nr. 8 vom 22. Februar 1914, 77–79. Zur Entstehungsgeschichte, der Rezeption und Interpretation erwähnter Bischofsversammlung: *Rudolf Brack*, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914, Köln, Wien 1976, 405–418 (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 9).

¹⁴ Darüber brachte die KV in ihrer Morgen-Ausgabe Nr. 186 vom 2. März 1914 einen eingehenden Leitartikel unter der Überschrift »Eine wichtige Kundgebung gegen die Quertreiber und für die Einigkeit im Zentrum.« Einhellig wurde einer Entschließung zugestimmt, in der es unter anderem heißt: »Im Sinne des Aufrufs des Reichsausschusses ersuchen wir alle Parteifreunde in Stadt und Land, in den sozialen und wirtschaftlichen

schusses. Nach eingehender Debatte wurde in namentlicher Abstimmung bei nur einer Gegenstimme eine Resolution angenommen¹⁵. In ihr begrüßte die Versammlung den Appell des obersten Gremiums der Zentrumsparlei »auf das lebhafteste«. Der Augustinusverein sah es demnach als seine vornehmste Pflicht an, daß die in ihm organisierte Tagespresse »in fest geschlossener Einigkeit« dahin wirken solle, »die vom Reichsausschuß klar und bestimmt gezogenen Richtlinien überall und entschieden in der Öffentlichkeit zur Geltung« zu bringen. Ein Abweichen von diesen Prinzipien widerspreche der ausdrücklichen Zielsetzung des Augustinusvereins. Folglich könne er »Personen und Preßorgane, die den Richtlinien des Aufrufs des Reichsausschusses zuwiderhandeln und die insbesondere das Vertrauen der Zentrumswähler zur Zentrumsparlei und zu deren Fraktionen und damit die Einigkeit der Partei durch grundlose Angriffe und Verdächtigungen unterwühlen, nicht in seinen Reihen dulden«.

Über Verlauf und Ergebnis der Generalversammlung berichtete *Carl Bachem*, einer ihrer Wortführer, Bischof *Bernhard Döbbing*, der sich in Rom wiederholt für die Sache der christlichen Gewerkschaften eingesetzt hatte. Unter anderem führte er aus: »Leider wurde die Debatte infolge des

Organisationen tatkräftig mitzuarbeiten und namentlich auch im Hinblick auf die große Bedeutung, welche die christlich-nationale Arbeiterbewegung in unseren Tagen hat, diese nach Kräften zu fördern und zu unterstützen. Unentwegt werden wir in alter Geschlossenheit und Parteidisziplin für die seit vielen Jahren und in schweren Zeiten bewährte deutsche Zentrumsparlei eintreten, wie sie war, ist und bleiben soll im Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht, für Thron und Altar, für Volk und Vaterland.« Hierzu siehe ebenfalls: »Köln gegen Berlin. Gewerkschaften und Bischöfe«, in: Berliner Tageblatt vom 2. März 1914.

¹⁵ Zur Tagung des Augustinusvereins, der von Beginn seiner Gründung an es als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansah, eine Art Wegbereiter für die Zentrumsparlei zu sein: »Augustinus-Verein und Reichsausschuß der Zentrumsparlei«, in: KV, Nr. 188, Abend-Ausgabe vom 2. März 1914; »Generalversammlung des Augustinus-Vereins«, in: Schlesische Volkszeitung, Nr. 99 vom 3. März 1914; »Die Tagung des Augustinus-Vereins in Berlin«, in: Augustinus-Blatt, Jg. 18, Nr. 3, März 1914, 13–16. Der Wortlaut der Resolution findet sich in den genannten Ausgaben abgedruckt. Bereits am 1. März fand im Fraktionszimmer des Abgeordnetenhauses eine vertrauliche Besprechung zur Vorbereitung auf die Generalversammlung statt. Es waren anwesend die Vorstände der Reichstagsfraktion, der Landtagsfraktion, des Augustinusvereins sowie vornehmlich eingeladene Vertrauensmänner. Den wesentlichen Gegenstand der Beratung bildete die »Quertreiberangelegenheit«. In voller Einmütigkeit legte man das taktische Vorgehen fest, wie die Quertreibersache in der Generalversammlung zu behandeln sei. Über Hintergründe und den internen Verlauf der Versammlung informieren *Carl Bachems* Aufzeichnungen vom März 1914 (HASTK, 1006/981) und sein Antwortschreiben auf die vertraulichen Mitteilungen seines Bruders *Franz Xaver Bachem* vom 21. April 1914 in derselben Angelegenheit (*Carl Bachem an Franz Xaver Bachem*, 23. April 1914, in: ebenda).

höchst provokatorischen Auftretens des genannten Arbeitersekretärs¹⁶ stellenweise erregt. Ich halte es daher für möglich, daß über diese Generalversammlung von seiten vom ›Sitz Berlin‹ auch wieder ein Bericht nach Rom gesandt werden wird, welcher den Augustinus-Verein scharf angreift – wie das ja auch in zahlreichen früheren Fällen geschehen ist. Es wäre demgegenüber zu berücksichtigen, daß jener Arbeitersekretär völlig allein geblieben ist, und durch sein recht quertreiberisches Vorgehen die Erregung der Versammlung selbst verschuldet hat. Es wäre in hohem Maße erwünscht, wenn ein derartiger Bericht auf seine tatsächliche Richtigkeit nachgeprüft werden könnte, da offenbar die bisherigen Berichte vom ›Sitz Berlin‹ stets ein höchst tendenziöses und verzerrtes Bild gaben. Mit dieser Generalversammlung des Augustinus-Vereins ist nun einstweilen der Schluß eingetreten mit dieser Abwehraktion gegen die Quertreiber. Fortan soll die Quertreiberei wieder in den Zentrumsblättern möglichst wenig berücksichtigt werden. Man will es nochmals mit dem auch von Eurer Bischöflichen Gnaden befürworteten System des Totschweigens versuchen. Wenn's sich nur durchhalten läßt! Allgemein war auch hier wieder der Wunsch, weiterhin ungestört der Arbeit für die katholische Sache und dem Kampf gegen die Sozialdemokratie sich widmen zu können. Hoffen wir, daß damit wenigstens der letzte Hauptakt des Quertreiberdramas sein Ende erreicht hat. Wenn jetzt endlich Ruhe einträte, so wäre es für uns und den deutschen Katholizismus ein wahrer Segen, welches die allerhöchste Zeit wäre.«¹⁷

¹⁶ Es handelte sich um den Sekretär *Kirch* der Berliner katholischen Fachabteilungen, der neuralgische Fragen stellte, die eine kontroverse Diskussion auslösten; vgl. Augustinus-Blatt, Jg. 18, Nr. 3, März 1914, 15.

¹⁷ *Bachem an Döbbing*, Steglitz, 4. März 1914; ediert von *Karl Josef Rivinius*, *Der Streit um die christlichen Gewerkschaften*, a. a. O., 214f. Zehn Tage später – der Breslauer Oberhirte, dem bei diesen Auseinandersetzungen eine Schlüsselrolle zukam, war am 4. März zu Troppau verstorben – schrieb der bayerische Ministerpräsident *Georg Graf von Hertling* seinem Freund Geheimrat *Felix Porsch*: »Der arme Kardinal Kopp! Es ist geradezu tragisch, daß er bei aller Klugheit und diplomatischen Kunst am Ende seines Lebens es überall verdorben hatte, nicht nur in Berlin, sondern ganz besonders in Rom. Man war dort so erbittert, daß meine Beruhigung, sein Alter und seine letzte Krankheit als mildernde Umstände geltend zu machen, wenig Erfolg hatte. So war sein Tod eine Erlösung aus unentwirrbaren Konflikten. Der Kardinal Staatssekretär [Merry del Val] hofft, daß damit auch den Quertreibern in Deutschland das Spiel verdorben sei. Leider ist er nicht dazu zu bringen, seinerseits die Abschüttelung herbeizuführen. Sie werden aber vielleicht bemerkt haben, daß ich in der bayerischen Staatszeitung den Kampf dagegen und zu Gunsten der christlichen Gewerkschaften offen aufgenommen habe. Ich werde auch in Rom fortfahren, für diese und für das Zentrum einzutreten. Am richtigen Verständnis fehlt es leider dort noch immer. Glücklicherweise ist man aber dort so weit wenigstens, daß man gegen beide nichts unternehmen wird. Aber ich meine, auch auf Seite des Zentrums könnte man jetzt einen Gottesfrieden Platz greifen lassen. Die

Bereits zwei Wochen vor der Hauptversammlung des Augustinusvereins waren im prächtigen Essener Städtischen Saalbau etwa 3500 Personen zu einer Kundgebung zusammengekommen, auf der *Theodor Wacker*, Pfarrer von Zähringen bei Freiburg und Führer des Zentrums in Baden¹⁸, das einstündige Hauptreferat hielt. Daneben wurden weitere Reden gehalten, so eine längere vom Zentrumsabgeordneten Oberlandesgerichtsrat *Marx*. In sämtlichen Vorträgen ging es auch hier den »Kölnern« darum, im Anschluß an die Proklamation des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei geschlossene Einigkeit öffentlich zu demonstrieren. Darüber hinaus hatte ja diese Erklärung das Signal zu einer gründlichen Säuberung des Zentrums lagers von den Integralen und »Osterdienstagsleuten« gegeben¹⁹, die das Zentrum nur als konfessionelle Partei anerken-

stets wiederholte Betonung des nicht-konfessionellen Charakters ist nicht nur geeignet, das Mißtrauen in Rom wach zu halten, sondern schwächt auch innerhalb der Partei das Interesse an den katholischen Angelegenheiten« (*Hertling* an *Porsch*, München, 15. März 1914; Abschrift in: AGG, Nr. 4). Zu *Hertlings* Engagement in der Gewerkschaftsfrage vgl.: *Hans Dieter Denk*, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg, Mainz 1980 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen, Bd. 29).

¹⁸ *Theodor Wacker* (* 5. November 1845 Bohlsbach bei Offenburg/Baden, † 9. November 1921 Freiburg) empfing am 4. August 1869 die Priesterweihe und wurde nach kurzer Vikarstätigkeit in Konstanz 1870 Benefiziat am Münster zu Freiburg, Leiter des katholischen Bürgervereins sowie unbesoldeter Redakteur am »Freiburger Boten«. Seit 1883 Pfarrer in Zähringen und Mitglied des badischen Landtags, übernahm er 1888 die Führung der Badischen Volkspartei, der er eine neue Organisation und den Namen Zentrum gab. 1903 gab er das Landtagsmandat ab, behielt jedoch die Parteiführung bis 1917. Er ist der Schöpfer des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für den badischen Landtag (1905), außerdem kämpfte er gegen den Liberalismus, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Katholiken sowie für die staatspolitische Unabhängigkeit der Kirche in Baden. Hierzu siehe: *Joseph Schofer*, Erinnerungen an Theodor Wacker, Karlsruhe i. B. 1922; *Theodor Wacker*, in: Freiburg Diözesan-Archiv, NF Bd. 27, Freiburg i. Br. 1926, 15–17; *Wilhelm Keil*, Theodor Wacker – der Löwe von Zähringen, in: Der Bürger im Staat 5 (1955) Heft 3, 37.

¹⁹ Am 7. April 1909 hatte der damalige Kaplan *Edmund Schopen* aus Oberhausen einige Geistliche und Laien zu einer »vertraulichen Konferenz« auf den 15. April nach Köln in die Bürgergesellschaft eingeladen (»Osterdienstagskonferenz«). Wie es in der Einladung hieß, wollte man sich »über die bedenklichen Erscheinungen im katholischen Deutschland« rückhaltlos aussprechen und über »die etwaige Möglichkeit einer Lösung der schwebenden Fragen« beraten. Auswahlweise Literatur dazu: *Heinrich M. Krueckemeyer*, Köln und Koblenz. Eine Darstellung der Osterdienstags-Konferenz und ihre Folgeerscheinungen, Hamm 1910 (= Frankfurter zeitgemäße Broschüren, NF Bd. 29); *Karl Hoerber*, Der Streit um den Zentrumscharakter, Köln 1912 (= Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd. 1); *Hermann Roeren*, Zentrum und Kölner Richtung, Trier 1913; *Carl Bachem*, Zentrum, katholische Weltanschauung und praktische Politik. Zugleich eine Antwort auf die jüngste Broschüre von Geheimrat Roeren: »Zentrum und Kölner Richtung«, Krefeld 1914; *Ernst Deuerlein*, Verlauf und Ergebnis des »Zentrumsstreites« (1906–1909), in: Stimmen der Zeit 156, 80 (1954/55) 103–126.

nen wollten und von ihr die kompromißlose Durchsetzung der katholischen Weltanschauung in allen Bereichen forderten. Mit dieser geforderten Reinigung und Abgrenzung sollte jetzt ernst gemacht werden. Im folgenden gehen wir etwas näher auf die Darlegungen des badischen Zentrumsführers ein. Denn die Reaktion auf die zum Teil provozierenden Ausführungen *Wackers*, der mit den Gegnern im katholischen Lager hart abrechnete und so die oberhirtlichen Friedensmahnungen vom 13. Februar mißachtete, und die daraufhin von der römischen Kurie gegen ihn getroffenen Maßnahmen machten *Carl Bachems* Hoffnung auf eine rasche Beendigung der Streitigkeiten zunichte, wie er sie in seinem zuletzt erwähnten Schreiben an Bischof *Döbbing* ausgedrückt hatte. Der Einladung, auf dieser Großveranstaltung zu sprechen, war *Wacker* zwar bereitwillig, aber nicht freudig gefolgt. »Wer könnte sich auch freuen angesichts der Verhältnisse«, führte er in seiner Rede einleitend aus, »welche die Versammlung am heutigen Tage hat notwendig erscheinen lassen? Wir wollen zuversichtlich hoffen, daß wenigstens die Früchte dieser und ähnlicher Versammlungen freudige sein werden. Wenn aber auch dieser Wunsch in vollem Umfang in Erfüllung geht, ungemischt wird die Freude nicht sein und nicht sein können.«²⁰ Ausführlich beschäftigte sich der Referent dann mit der unerquicklichen Situation, die seit Jahren das innerkirchliche Klima ungemein belaste und jegliche positive Seelsorgearbeit weithin lähme. Dieser beklagenswerte Zustand könne länger nicht tatenlos hingenommen werden. *Wacker* appellierte an die Teilnehmer, als katholische Männer, die bisher zum Zentrum treu gestanden hätten und zukünftig stehen werden, ein klares Bekenntnis abzulegen zur Kirche und vor allem zu der kirchlichen Autorität, »vertreten durch den obersten Hirten und vertreten durch die ihm unterstellten Hirten, unsere Bischöfe«, den Trägern der von Jesus selbst verliehenen apostolischen Gewalt. Als Fürsten in der Kirche überragten sie alle, seien sie aufgrund ihrer gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Position im öffentlichen Leben noch so angesehen. Deshalb dürfe kein Versuch geduldet werden, der darauf abziele, die Bischöfe zu maßregeln oder sich über sie zu stellen. Denn dies wäre ein klarer Verstoß gegen Gottes Ordnung in der Kirche und gegen die im Glauben begründeten Pflichten jedes Katholiken, gegen den man »mit aller Energie protestieren« müsse. Wörtlich heißt es weiter: »Wir haben selbst das allerlebhafteste Interesse daran, daß unsere Bischöfe, wie die Kirche selbst, die

²⁰ Im folgenden wird zitiert aus: »Eine große Kundgebung wider die Quertreiber«, in: KV, Nr. 139, Morgen-Ausgabe vom 16. Februar 1914.

Wirksamkeit, die ihr göttliche Mission übertragen hat, und wie sie ihnen gewährleistet ist durch das Oberhaupt der Kirche, von niemand treuer gehalten werden soll, als gerade von der Kirche. Das ist auch unsere Meinung, daß sie diese Wirksamkeit entfalten könne, und wenn es jemals der Fall werden sollte, wie er schon dagewesen ist, daß die Bischöfe in die Lage kommen, nach menschlichem Schutz sich umzusehen, nach menschlichem Schutz, dessen sie bedürfen und den sie erwarten von den treuen Zugehörigen der katholischen Kirche, so werden wir uns unserer Vorfahren würdig zeigen. Wir bekennen uns als Katholiken, der Kirche und ihrem Oberhaupt und unseren Bischöfen treu ergeben. Wir kennen die Pflichten, die daraus hervorgehen, und wir bedürfen von keiner unberufenen Seite der Belehrung darüber. Wir sind auch nicht geneigt, von unberufener Seite, wer sie auch sein sollte, solche Belehrungen anzunehmen, oder Kontrolle über uns gefallen zu lassen.«

Im anschließenden Teil seiner Rede ging *Wacker* ein auf Bedeutung und Zielsetzung der Zentrumspartei, »der politischen Organisation, die man als die wichtigste und als die bedeutungsvollste unter jedem Gesichtspunkt bezeichnen müsse«. Er findet es selbstverständlich, daß der Katholik als treuer Sohn seiner katholischen Kirche sich ihr in Gesinnung und Leben anschließt. Zwar hätten sich die Verhältnisse seit Gründung der Partei geändert, ihr Geist und ihre Prinzipien seien aber dieselben geblieben, und sie verfolge nach wie vor die gleiche Aufgabe zum Wohl des Ganzen für Staat und Vaterland, für Kirche und Gesellschaft. Nicht könne jedoch hingenommen werden, wenn bestimmte Kreise den Charakter des Zentrums verändern und aus ihm eine konfessionelle Partei machen möchten, die der Autorität der kirchlichen Würdenträger unterstünde. Im Interesse einer gedeihlichen politischen Arbeit und im Interesse einer möglichst konfliktfreien kirchlichen Tätigkeit weist der Redner ein derartiges Ansinnen mit ergebenem Respekt gegen die Kirche und ihre Leiter entschieden zurück. »Ein Bischof, über die Zentrumspartei seiner Diözese gestellt, das ist nach unserem Dafürhalten – ich werde doch sagen dürfen: nach unserem – nicht möglich (Sehr richtig!).«

Mit realistischem Gespür für die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten führte *Wacker* aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Politiker zur rechtfertigenden Begründung seiner Auffassung eine Reihe von Argumenten an, die verhängnisvolle Folgen zeitigen würden. Letztlich liefe das Ganze auf die Frage hinaus, in welcher Weise und in welchem Umfang die kirchliche Autorität, Papst und Bischöfe, von anderer Seite für das verantwortlich gemacht würde, was das Zentrum tut beziehungsweise

unterläßt. »Könnten nun die Bischöfe, könnte nun der Papst damit einverstanden sein, daß sie bald von den Trägern staatlicher Gewalt, bald von Vertretern und Machern dessen, was man als öffentliche Meinung zu bezeichnen gewohnt ist, könnten sie damit einverstanden sein, daß sie von all diesen Stellen für das Tun und Nichttun des Zentrums verantwortlich gemacht würden? Ich halte das für unmöglich, denn wenn das sollte Platz greifen, dann würde ich keine Möglichkeit vor mir sehen, Grenzen zu ziehen. Und diejenigen, die ein besonderes Interesse daran nehmen würden, die würden sich's auch gar nicht gefallen lassen, daß man Grenzen zieht und sagt, bis dahin und bis dahin sollte die Mitverantwortlichkeit der kirchlichen Würdenträger gehen . . . Unsere Bischöfe müssen, das ist ihres Amtes, das ergibt sich aus den Verhältnissen, in welchen sie ihres Amtes walten, sie müssen tunlichst bereit sein, auf die Träger der Staatsgewalt Rücksicht zu nehmen. Aber könnten sie des Vertrauens des katholischen Volkes entbehren? Wenn dieses Vertrauen mit all seiner Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit nicht gegründet gewesen wäre, wäre dann die katholische Kirche in der Lage gewesen, die schwere Kulturkampfzeit in Deutschland überhaupt und namentlich hier in Preußen zu überwinden? (Niemals!) Nach beiden Seiten hin Rücksichtnahme wäre kaum möglich.«

Wackers folgend, mit historischen Beispielen belegten Ausführungen versuchen den Nachweis zu erbringen, daß das Zentrum, »das eine glänzende Vergangenheit« und »außerordentlich große Leistungen aufzuweisen hat«, nicht ohne empfindlichen Schaden für die Kirche und das geistliche Amt den Bischöfen unterstellt werden könne. Aber gerade dies verlangten die Quertreiber in ihrem Unverstand. Dadurch erschwerten sie die Ausübung des Bischofsamtes in einem solchen Maß, daß es von Menschen nicht mehr zu tragen und zu ertragen wäre. Wer eine derartige unverantwortliche Auffassung vertrete, wie sie von den uneinsichtigen und unduldsamen »Stänkerelementen und Quertreibern« verfochten werde, steht nach Meinung des Redners nicht auf dem Boden des Zentrums. Der Rekurs auf die Vergangenheit dokumentiere, daß das Zentrum nur als politische Partei, die mit den übrigen Parteien auf dem gemeinsamen Boden der Staatsverfassung steht, seine imponierenden Leistungen hat zustande bringen können. Um dieser Wirksamkeit willen sei deshalb die Forderung der Quertreiber nach dem konfessionellen Charakter des Zentrums entschieden abzulehnen, wie es bereits vor Jahrzehnten *Mallinckrodt*, Bischof *Ketteler*, *Windthorst* und die beiden *Reichensperger* getan hätten. Vielmehr müsse es »frei und unabhängig wie andere politische Parteien« sein. »Wie würde es erst

werden«, fragte *Wacker*, »wenn das Zentrum so wäre, wie es die Quertreiber haben wollen? Den Quertreibern aber darf man mit Fug und Recht zurufen, sie sollen endlich aufhören, denn es überschreitet die Grenze dessen, was sie vor der Geschichte, in der Gegenwart und in der Zukunft verantworten können. (Sehr richtig!) Sie sollen die Hände weglassen. Sie sollen nicht länger an dem rütteln, was zur Zeit der schwersten Not ins Leben gerufen worden ist; was unter sichtlichem Beistand der göttlichen Vorsehung außerordentlich Großes durch Jahrzehnte hindurch geleistet wurde, sie sollen nicht daran rütteln, denn dieses Rütteln ist im vollsten Umfange und Sinne des Wortes Zerstörungsarbeit und Arbeit für die Feinde«. Aus diesem Grund, schloß der Redner seine Darlegungen, müsse Scheidung eintreten zwischen den Quertreibern und den aufrichtigen Anhängern der Zentrumsparlei.

III. DEKRET DER INDEXKONGREGATION VOM 3. JUNI 1914

1. Resonanz auf *Wackers* Programmrede

Über die Kundgebung von Mitte Februar in Essen, der in rascher Folge größere und kleinere Veranstaltungen in gleichem Anliegen und mit gleicher Zielsetzung folgten, berichteten die dem Zentrum nahestehenden Presseorgane eingehend; insbesondere fanden *Wackers* Ausführungen uneingeschränkte Billigung und beifällige Kommentierung. In einer Unterredung des bayerischen Gesandten beim Vatikan mit dem Anfang Februar 1914 zum Sekretär für außerordentliche Angelegenheiten im Staatssekretariat ernannten Msgr. *Eugenio Pacelli*²¹, dem späteren Papst *Pius XII.*, empfahl *Otto Freiherr von Ritter zu Groenesteyn* seinem Gesprächspartner, der die »Kölnische Volkszeitung« täglich fleißig las, und in der *Wackers* Vortrag abgedruckt worden war, »besonders die genaue Lektüre der Rede, die der Geistliche Rat *Wacker* kürzlich in Essen bei einer Vereinigung von Zentrumsmitgliedern über den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums gehalten habe und die vermutlich auch den Kardinal Staatssekretär . . . interessieren würde«. Msgr. *Pacelli*, die

²¹ Zur Charakterisierung *Pacellis*, seiner Haltung in der Gewerkschaftsfrage und zu seinen Beziehungen zu Msgr. *Benigni* siehe die Berichte des bayerischen Vatikangesandten *Ritter* an Graf *von Hertling*, Rom, 4. und 7. Februar 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 912. Beachte auch die Kontrastschilderung *Pacellis* und dessen Verhältnis zu *Benigni* in der Berichterstattung des preußischen Gesandten beim Hl. Stuhl, *Otto von Mühlberg*, an Reichskanzler *Theobald von Bethmann-Hollweg*, Rom, 3. März 1912, in: AA, Päpstlicher Stuhl 3, Nr. 2, Bd. 19.

rechte Hand *Merry del Vals* und einer der einflußreichsten Beamten des Staatssekretariats, war bereits auf die Rede aufmerksam geworden, hatte sie jedoch noch nicht eingehend gelesen. Er bemerkte *Freiherrn von Ritter* gegenüber, »er begreife, daß eine konfessionelle katholische Partei den Bischöfen in Deutschland nach Umständen Schwierigkeiten bereiten könnte und daß eine solche daher auch vom rein kirchlichen Standpunkte vielleicht nicht unbedingt das anzustrebende Ideal wäre. Jedenfalls sei es aber zu bedauern, daß die Gewerkschaftsfrage, soweit sie Religion und Moral berühre, dadurch noch verwickelter geworden sei, daß man bei ihrer Behandlung auch auf die Interessen einer politischen Partei Rücksicht nehmen müsse. Aber er sehe ein, daß dies notwendig sei, weil sich die katholische Kirche in Deutschland nur auf das Zentrum stützen könne, gleichgültig, ob dasselbe als konfessionelle oder nichtkonfessionelle Partei bezeichnet werde.«²²

Der bayerische Staatsminister *Graf von Hertling*, ein entschiedener Befürworter der interkonfessionellen Gewerkschaftsbewegung, stimmte gleichfalls, wie aus einem Brief an *Ritter* hervorgeht, mit den in Essen von seinen »alten politischen Freunden und Mitkämpfern aus einer andern und . . . größer denkenden und idealer gerichteten Zeit« gehaltenen Reden und mit den dort gefaßten Resolutionen völlig überein. In seinem Schreiben fuhr er fort, indem er die zukünftigen Ereignisse treffend prognostizierte: »Wacker hat die Lage ganz ausgezeichnet beleuchtet und kann sich das auch erlauben, da man sich an ihn wohl nicht herantrauen wird. Es wäre doch wirklich eine Tragikomödie, wenn Wacker, der ein großes Stück Arbeit für die katholische Kirche geleistet und allzeit mannhaft für seine und damit der Kirche Sache gefochten hat, sich nun auf seine alten Tage noch zensieren lassen müßte. Ich kann zum Schluß nicht verhehlen, daß mich die Äußerung Merrys über das Zentrum sehr betrübt hat. Sie zeigt, daß er die Lage des Zentrums und die von ihm in Deutschland zu erfüllende Aufgabe nicht versteht.«²³

²² *Ritter* an *Hertling*, Rom, 19. Februar 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905. Auf dem Diplomatenempfang am nächsten Tag kam *Ritter* mit dem Kardinalsstaatssekretär *Merry del Val* auf die Gewerkschaftsfrage erneut zu sprechen. Bei der Gelegenheit legte er dem Kardinal die Lektüre von *Wackers* Rede nahe, »damit er aus derselben entnehmen möchte, wie gut das Zentrum daran tue, sich nicht für eine konfessionelle Partei zu erklären« (*Ritter* an *Hertling*, Rom, 20. Februar 1914, in: ebenda).

²³ *Hertling* an *Ritter*, München, 19. Februar 1914, in: ebenda. Die Vertreter des Integralismus gingen in ihren Blättern mit der von *Wacker* in Essen gehaltenen Rede scharf ins Gericht, was kaum verwundert, bedenkt man die harte Kritik an ihnen, die eine Retourkutsche zu fahren geradezu provozierte. Dazu siehe beispielsweise in: *Klarheit und Wahrheit*, Nr. 8 vom 22. Februar 1914, 79; Nr. 12 vom 22. März 1914, in:

Innerhalb des deutschen Katholizismus wurden die Streitigkeiten verstärkt entfacht, als Ende März die Broschüre »Gegen die Quertreiber«²⁴ erschien. Sie enthielt auch die Rede *Wackers*, die er in Essen gehalten hatte²⁵ – sie war beträchtlich erweitert und überarbeitet worden, außerdem brachte sie detaillierte Belege zur Begründung der Darlegungen –, und trug die Überschrift »Zentrum und kirchliche Autorität«²⁶. Die integralistisch eingestellten Blätter gingen sogleich mit der Schrift, hauptsächlich mit *Wackers* Beitrag scharf ins Gericht. Als Beleg dafür seien die »Petrus-Blätter« angeführt. In ihrer Ausgabe vom 1. April, in der sie sich mit den Darlegungen und der Argumentation des badischen Zentrumsführers eingehend beschäftigten, bemerkten sie kritisch, die vorgenannte Broschüre, »in vielen Tausenden von Exemplaren in das katholische Volk hineingeworfen«, werde »zu einer ernsten Gefahr für die Reinheit der

der *Wackers* Rede als »ein Gipfel von priesterlicher Unbotmäßigkeit« bezeichnet wurde (136). Selbst das modernistische »Neue Jahrhundert« charakterisierte in Nr. 8 vom 22. Februar 1914 die Rede als »die brutale Kundgebung des badischen Zentrumsführers Pfarrer Wacker«. Wegen der fortgesetzten Hetzereien in der von Graf *Oppersdorff* herausgegebenen Wochenschrift »Klarheit und Wahrheit« und in der von Msgr. *Benigni* geleiteten Nachrichtenagentur »Agenzia Internazionale Romana« (A. I. R.) sah *Hertling* sich veranlaßt, öffentlich dagegen Stellung zu beziehen. Er kritisierte die Tätigkeit von Leuten, mit der sie größte Verwirrung und Unstimmigkeiten unter den Katholiken Deutschlands anstifteten. Denn sie bedeute »eine bedenkliche Gefährdung nicht nur des kirchlichen Friedens unter den deutschen Katholiken, sondern auch eine Schädigung wichtiger nationaler Interessen des deutschen Volkes. Ein Sieg des von dem Grafen *Oppersdorff* und der bereits erwähnten Winkelagentur [nl. der A. I. R.] verfochtenen Integralismus würde letzten Endes in Deutschland nicht nur zu einer Erschütterung der christlichen Gewerkschaften führen, sondern auch eine beklagenswerte Verschärfung der im Reiche bestehenden konfessionellen Gegensätze zur Folge haben. Es gibt wohl keinen Freund unseres Vaterlandes, der hierfür, und sei es auch nur durch untätiges Stillschweigen, eine Mitverantwortung übernehmen möchte« (Bayerische Staatszeitung. Königlich Bayerischer Staatsanzeiger, Jg. 2, 2. März 1914; vgl. auch die Schreiben von *Hertling* an *Ritter*, München, 25. und 27. Februar 1914, und an *Hugo Graf von und zu Lerchenfeld*, München, 27. Februar 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 905).

²⁴ Ihr vollständiger Titel lautet: »Gegen die Quertreiber. Kundgebung der deutschen Zentrumsparlei im Städtischen Saalbau zu Essen am 15. Februar 1914«, Essen 1914.

²⁵ Es trifft den Sachverhalt nicht exakt, wenn *Carl Bachem* zu suggerieren scheint, als habe *Wacker* bei seinen Ausführungen insbesondere »die überaus schwierigen Verhältnisse Badens« vor Augen gehabt. Allerdings dürften sie im Hintergrund gestanden haben. In seinem Referat ging es dem Redner jedoch vielmehr um die grundsätzliche Erörterung der angesprochenen Problematik (*Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, Bd. 7, 246).

²⁶ In der erwähnten Flugschrift umfaßt der Artikel die Seiten 12 bis 42. Da der Wortlaut der ursprünglich gehaltenen Rede mir nicht zur Verfügung steht und ich nur den in der Presse veröffentlichten besitze, der vermutlich gekürzt wiedergegeben wurde, läßt sich ein synoptischer Vergleich mit beiden Textvorlagen nicht anstellen, um die späteren Überarbeitungen und Ergänzungen herauszuschälen.

katholischen Lehre in grundlegenden religiös-politischen Fragen und den gebührenden Gehorsam gegen die Gebote und Vorschriften der Kirche«²⁷. Es wird von dem Zerrbild gesprochen, das Pfarrer *Wacker* von der Abhängigkeit katholischer Organisationen und Politiker von der kirchlichen Autorität entwerfe, das dazu diene, »um überhaupt jede Abhängigkeit der politischen Organisation des katholischen Volkes von Papst und Bischof zu leugnen«²⁸. Indem er ohne irgendeine Unterscheidung den konfessionellen Charakter der Zentrumsparterie bestreite, stelle er implizit in Abrede, »daß sich diese nach den Grundsätzen der katholischen Religion und Moral zu betätigen hat und negiert ihre religiöse und moralische Abhängigkeit von der kirchlichen Autorität, demnach auch insofern, als auf politischem Gebiet Fragen der Religion und Moral zu Erörterung stehen«²⁹. Bei einem Vergleich einschlägiger lehramtlicher Verlautbarungen mit *Wackers* Auffassungen könne man nicht umhin, festzustellen, daß sich »zwischen der politischen Doktrin des Apostolischen Stuhles und den von Herrn Pfarrer Wacker verkündeten politisch-religiösen Grundsätzen . . . eine unüberbrückbare Kluft« auftrue³⁰.

Die um *Wackers* Äußerungen – von besonnenen Vertretern der »Kölner Richtung« durchaus als zutreffend und relevant qualifiziert, wurden sie aber wegen der Gereiztheit der Gegenseite und der Empfindlichkeit vatikanischer Kreise in der ohnehin gespannten Atmosphäre als psychologisch zusätzlich belastend und diplomatisch unklug empfunden – entbrannte massive Kontroverse ließ Schlimmes ahnen. Um drohendes Unheil aus dem Vatikan zu verhüten, wandte sich der für *Wacker* zuständige Freiburger Erzbischof in einem Schreiben an seinen Amtskollegen nach München, der im Begriff stand, nach Rom zum »Ad-Limina-Besuch« zu reisen, damit er in dieser Angelegenheit dort persönlich vorstellig werde und beruhigend wirke. In dem Brief heißt es: »Die Entgleisung unseres Wacker, den Sie wohl von Speyer her noch kennen, die Entgleisung bei seiner neulichen Rede in Essen ist Ihnen wohl auch

²⁷ Petrus-Blätter, Nr. 27 vom 1. April 1914, 320.

²⁸ Ebenda, 321.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda, 323. Auch in den folgenden Ausgaben setzte sich dasselbe Organ mit *Wacker* auseinander. Als Fazit der Lektüre von *Wackers* Artikel stellt der Schreiber mit dem Pseudonym Augustinus in Nr. 28 lapidar fest: »Die Gefahr, die infolge der Massenverbreitung der Wackerschen Rede in Broschürenform der Reinhaltung der katholischen Lehre und dem gebührenden Gehorsam der Katholiken gegen die kirchliche Autorität im politischen Leben droht, läßt sich darum in ihrer verhängnisvollen Tragweite gar nicht abschätzen und kann bei dem gewalttätigen Vorgehen gewisser Individuen und Gruppen gar nicht ernst genug genommen werden« (333).

aufgefallen. Zum Überfluß hat er diese Rede auch drucken lassen und mit ihr auch die Wendungen gegen den Einfluß der kirchlichen Autorität auf die Zentrumsparlei. Ich habe Wacker in Behandlung genommen, und er wird demnächst eine Erklärung veröffentlichen, die hoffentlich einwandfrei ist. Auch kann ich aufs Bestimmteste versichern, daß Wacker unbedingt papsttreu und kirchlich korrekt ist. Er hat seine Eigenheiten, die aber keinen Schaden anrichten. Nun kommen allerlei Andeutungen, Wacker's Broschüre mit seiner Rede solle auf den Index. Das gäbe einen ungeheuren Schlag gegen das Zentrum, wäre eine große Ermutigung der Überpäpstlichen, die Wacker eigentlich treffen wollte – würde Jubel bei allen Kirchenfeindlichen hervorrufen etc. etc. Eure Exzellenz kennen ja diese Dinge aus eigener Erfahrung. Ich wäre tief dankbar, wenn Sie eine öffentliche Aktion gegen Wacker in Rom abwenden könnten. Persönliches Vorstellen ist ja stets wirksamer als der schriftliche Weg. Über die Wacker'sche Broschüre wächst bereits Gras, und es hat keinen Zweck, sie der beginnenden Vergessenheit zu entreißen. Wenn aber doch etwas geschehen soll, so möge man Wacker persönlich anfassen, meinetswegen seinen Ordinarius zur Rechenschaft ziehen, ob er gegen Wacker eingeschritten sei und was geschehen sei, das »Ärgerniß« zu sühnen. Das könnte genügen und wäre zugleich heilsam für Wacker.«³¹

Die in *Nörbers* Brief an Erzbischof *Franziskus von Bettinger* angekündigte Erklärung *Wackers* wurde am 15. April vom leitenden Organ der badischen Zentrumsparlei, dem »Badischen Beobachter«, in Nr. 103 publiziert, andere Zeitungen druckten sie ebenfalls ab. In ihr verteidigte sich *Wacker* gegen den in der Nr. 27 vom 1. April der »Petrus-Blätter« unternommenen Versuch, ihn »zum Häretiker zu stempeln oder mindestens zu einem Anhänger und Verkünder von Lehren des Modernismus«³². Damit habe der anonyme Verfasser ihm schweres Unrecht zugefügt und seiner priesterlichen Ehre Schmach angetan. Seine Essener Rede sei keineswegs, wie unterstellt werde, gegen Träger kirchlicher Autorität gerichtet, sondern ausschließlich gegen die Quertreiber und deren Streben und Tun. Ihm sei es folglich nicht darum gegangen, eine dogmatisch-kanonistische Dissertation über die Zuständigkeit der kirchlichen Autorität und ihrer Träger vorzutragen. Auch sei ihm nicht im Traum eingefallen, »Lehren der Kirche über die Zuständigkeit der kirchlichen Autorität und ihrer Träger in Zweifel zu ziehen oder gar

³¹ *Nörber an Bettinger*, Freiburg, 9. April 1914, in: EAM, Kasten 29/2.

³² Hier zitiert nach der »Augsburger Postzeitung«, Nr. 175, Vorabendblatt vom 17. April 1914.

bekämpfen zu wollen«. Sein mehrjahrzehntes öffentliches Arbeiten habe sich im Gegenteil stets der Verteidigung der kirchlichen Autorität und ihrer Träger gewidmet, eine Aufgabe, die auch noch in der Gegenwart für ihn Gültigkeit besitze. Was er in Essen vorgetragen habe, sei genau das, was seit Bestehen des Zentrums der gesamte deutsche Episkopat praktisch eingehalten habe. Ein anderes Verfahren sei nach Lage der Dinge einfach unmöglich.

2. Die römische Zensur

Es war nur zu verständlich, daß die Stellungnahme *Wackers*, in der er seine Überzeugung wiederholte und seinen Standpunkt präzierte, die gegnerische Seite keineswegs zu befriedigen vermochte, vielmehr erneute Polemik provozierte³³. Über viele Wochen zog sich die erbitterte Kontroverse hin, bis Anfang Juni 1914 der »Osservatore Romano« die Pressenotiz brachte, der Aufsatz von *Theodor Wacker* »Zentrum und kirchliche Autorität« in der Broschüre »Gegen die Quertreiber« sei laut Beschluß der Indexkongregation in die Liste der verbotenen Bücher aufgenommen worden³⁴.

³³ Exemplarisch sei wieder auf die »Petrus-Blätter« hingewiesen, die sich fast in jeder Ausgabe mit den von *Wacker* verfochtenen Auffassungen auseinandersetzen und sie als unkatholisch brandmarkten. Vgl. etwa: Petrus-Blätter, Nr. 30: In dieser Nummer wurde von der »gefährlichen Broschüre« gesprochen, die eine Reihe Irrtümer enthalte. Ihr Autor habe dafür zu sorgen, daß sie aus dem Handel zurückgezogen werde. Vorher sei es nicht möglich, »auch nur ein Wort von den früheren Darlegungen der Petrus-Blätter abzuändern« (358). In Nr. 32 zog der Anonymus Augustinus das Fazit zum Fall *Wacker*, dem er vorhielt, er weigere sich hartnäckig, zu den strittigen Kernpunkten der deutschen Katholiken klar und unzweideutig Stellung zu nehmen (386f.). Auf seiten der »Berliner« gab es andererseits durchaus Personen, die das ernsthafte, klärende Gespräch über die strittigen Punkte suchten. Als Beleg mag das ausführliche Schreiben des Justizrats Dr. *Hillebrand* aus Mainz an *Wacker* vom 5. Juni 1914 dienen: BAT, Abt. 108, Nr. 377.

³⁴ Das Dekret, unterzeichnet vom Kardinalpräfekten *Della Volpe* und dem Sekretär der Indexkongregation, P. *Thomas Esser* OP, einem ganz entschiedenen Vertreter des Integralismus, dem man »Weltverkennung« attestiert hatte, datiert vom 1. Juni und wurde publiziert am 3. Juni. Außer dem badischen Zentrumsführer wurden Werke von vier weiteren Autoren verurteilt: Acta Apostolicae Sedis 6 (1914) 314f. Sehr bald kursierten in der Presse Vermutungen, wer *Wackers* Indizierung betrieben habe. Unter anderem nannte man den Kölner Kardinal von *Hartmann*, von dem bekannt war, daß er mit *Wackers* Essener Rede nicht einverstanden war, weil er die Religion zu kategorisch aus der Politik ausgeschlossen hatte. *Hartmann* hatte sich darüber sofort beim Erzbischof von Freiburg beschwert. Hierzu siehe den Bericht von *Ritter* an *Hertling*, Rom, 31. Mai 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 912. Ein weiterer Bericht des bayerischen Vatikangesandten erklärte zwei Wochen später, Erzbischof *Hartmann* habe ihm gegenüber wohl von der Möglichkeit gesprochen, »daß man vatikanischerseits gegen

Diese Mitteilung, die sofort von der gesamten Presse verbreitet wurde, schlug ein wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die liberalen und kirchenfeindlichen Blätter triumphierten schadenfroh; auch die der »Berliner Richtung« nahestehenden Presseorgane freuten sich über diese römische Maßnahme³⁵. Demgegenüber waren Zentrumskreise und die Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung zutiefst betroffen, aber zugleich verbittert. Sie betrachteten die Verurteilung aus Rom als einen schweren Schlag für das Zentrum und die interkonfessionellen Gewerkschaften. Der bayerische Staatsminister Graf *von Hertling*, mit dem von ihm hochgeschätzten badischen Zentrumsführer seit vielen Jahren eng befreundet, beurteilte die Indizierung *Wackers* als eine kuriale Aktion, die geeignet sei, »neuerdings Beunruhigung und Verwirrung in Deutschland zu erzeugen«³⁶. Über die Indexkongregation zusätzlich indigniert, weil sie in erwähnter Angelegenheit von höchst politischer Brisanz ohne vorherige Konsultation des Staatssekretariats vorgegangen war, äußerte er seinen Unmut gegenüber Nuntius *Frühwirth* bei einem diplomatischen Empfang sowie im Schreiben an den Vertreter Bayerns beim Vatikan. *Wackers* Indizierung sei doch das reine Schildbürgerstück, das die Herren vom Index gemacht hätten, und das nun durch die päpstliche Autorität gedeckt werden müsse, ohne daß die zunächst daran interessierte amtliche Stelle überhaupt nur etwas vorher erfahren hätte. Unter *Leo XIII.* sei so etwas unmöglich gewesen. Es hätten doch andere Modi procedendi gegeben, bedenke man die vielen und großen Dienste, die *Wacker* der Kirche geleistet habe. Auch der Münchener Erzbischof sei zurecht sehr pikiert³⁷.

Wie man die Meldung von der Indizierung des Geistlichen und Zentrumsführers in Baden selbst aufgenommen hatte, zeigt ein Bericht des König-

Wacker vorgehen werde; daß es aber bis zu einer Indizierung kommen würde, dachte wohl niemand außer Pater Esser und seine Hintermänner oder vielleicht auch umgekehrt seine Vordermänner und er, die diese Gelegenheit mit Freude ergriffen, um den Gegnern des sogenannten Integralismus in Deutschland, das heißt den vernünftig denkenden Katholiken und vor allem den Zentrumsführern, mit denen sie nicht übereinstimmten, einen Schlag zu versetzen« (*Ritter an Hertling*, Rom, 14. Juni 1914, in: ebenda, Päpstlicher Stuhl 906).

³⁵ So lautete beispielsweise eine Agenturmeldung der unter dem Protektorat von Msgr. *Benigni* stehenden A.I.R.: »Abbé Wacker ist einer der arrogantesten Führer der Gladbachisten. Daß seine Broschüre auf den Index gesetzt ist, ist eine nützliche Lektion für alle« (zitiert im Bericht des preußischen Vatikangesandten *Mühlberg an Bethmann-Hollweg*, Rom, 6. Juni 1914, in: AA, Päpstlicher Stuhl 26, Bd. 4).

³⁶ *Hertling* an Kardinal *Bettinger*, München, 9. Juni 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 906.

³⁷ *Hertling* an *Ritter*, München, 26. Juni 1914, in: ebenda.

lich Preußischen Gesandten in Karlsruhe an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten nach Berlin, der einen unmittelbaren Einblick in die unterschiedlichen Reaktionen gewährt. In ihm liest man: »Das Verbot macht hier großes Aufsehen, alle Zeitungen erörtern den Fall. Die gesamte liberale und radikale Presse zeigt lebhaftes Schadenfreude, während Herrn Wackers Hauptorgan, der ›Badische Beobachter‹, dessen Standpunkt zu beschönigen sucht und das Verbot nur auf einzelne vielleicht mißverständene Stellen der Schrift bezogen wissen will. Bemerkenswert scheint, daß bisher sowohl der Erzbischof Nörber und der Weihbischof Dr. Knecht, wie die ›Kölnische Zeitung‹ schreibt, ihren Schild über den von den Integralen hart angegriffenen Zentrumsführer hielten.«³⁸

Das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg als die zuständige kirchliche Behörde stellte am 12. Juni Pfarrer *Wacker* einen aus den »Acta Apostolicae Sedis« entnommenen Abdruck der Zensurierung seiner im Druck erschienenen Essener Rede zu. Im römischen Dekret finden sich, wie es allgemeine Praxis war, keinerlei Hinweise auf die in der indizierten Schrift beanstandeten Stellen. In einem versöhnlich gehaltenen Begleitschreiben bemerkte Erzbischof *Nörber* dazu: »Wir beabsichtigen, die Indekongregation zu bitten, uns diejenigen Stellen zu bezeichnen, die dort für unrichtig beziehungsweise unzulässig erachtet wurden, damit wir den Autor davon verständigen können. Ihre in einem langen, verdienstvollen Leben so oft erprobte Kirchentreue ist uns eine sichere Bürgschaft dafür, daß Sie sich der Entscheidung der höchsten kirchlichen Stelle unterwerfen werden. Es wäre uns aber sehr erwünscht, von Ihnen eine diesbezügliche ausdrückliche Erklärung zu erhalten, noch bevor die Beanstandungen im einzelnen mitgeteilt sind, damit wir in den etwa mit der Kongregation zu führenden Verhandlungen uns darauf berufen könnten. Sie können die gewünschte Erklärung uns schriftlich zusenden oder dieselbe in einer Besprechung mit einem Mitgliede unseres Ordinariates formulieren.«³⁹

³⁸ *Eisendecker* an *Bethmann-Hollweg*, Karlsruhe, 8. Juni 1914, in: ebenda. Unter der Überschrift »Zur Vermeidung von Mißverständnissen« hatte sich der »Badische Beobachter« in Nr. 155 vom 7. Juni 1914 voll hinter den Indizierten gestellt. Der Artikel schloß mit dem Bekenntnis: »Unser badischer Zentrumsführer Wacker ist und bleibt der Mann, der seit über einem Menschenalter zu den entschiedensten, geschicktesten, aber auch verdientesten Vorkämpfern um die Freiheit der katholischen Kirche gehört.«

³⁹ Das Konzept des Schreibens befindet sich in: EAF, Personalia *Theodor Wacker*, Nr. 6723.

3. Die Unterwerfung Wackers

Der Geistliche Rat *Wacker*, den die römische Zensur empfindlich schmerzte⁴⁰ und dessen treue Kirchlichkeit ungeheuchelt und über jeglichen Zweifel erhaben war, zögerte nicht, wie eine Akteneintragung festhält, der ihm am 14. Juni zugegangenen Aufforderung seines Ortsordinarius unverzüglich nachzukommen. In Gegenwart von Domdekan Dr. *Franz Mutz*, eines Freundes aus der Zeit gemeinsamer Wirksamkeit am Freiburger Münster, erklärte er bereits am 17. Juni auf dem Erzbischöflichen Ordinariat, »daß er sich der Verfügung der Indexkongregation, wodurch seine Rede in Essen, enthalten in der Schrift ›Gegen die Quertreiber‹, auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt wurde, unterwerfe«⁴¹.

Doch er begnügte sich nicht mit der mündlichen Erklärung. Da die »Quertreiber« sowie die zentrums- und kirchenfeindliche Presse den Fall *Wacker* hochspielte und ihn vor allem gegen die Zentrumspartei ausschaltete, nahm *Wacker* am 4. Juli zur Indizierung seines Aufsatzes – seine Rede in Emmendingen, in der er sich zu den Kontroverspunkten erneut scharf geäußert und dadurch heftigste Kritik unter den Integralen hervorgerufen hatte, lag wenige Tage erst zurück⁴² – auch schriftlich Stellung. In dem Geständnis legte er unter anderem dar: »Angesichts der von mir nicht in Frage gestellten Gehorsamspflicht des Katholiken gegenüber dem höchsten Träger kirchlicher Autorität, die in verstärktem Maße dem Priester obliegt, kann es nicht zweifelhaft sein, daß ich mich der vom Hl. Vater genehmigten Entscheidung der Indexkongregation unterwerfe. Indem ich das erkläre, achte ich nur auf das, was das

⁴⁰ Beachte dazu die »Erinnerungen an Theodor Wacker« von *Joseph Schofer*, seinem langjährigen Vertrauten und ersten Biograph (97f.).

⁴¹ Aktennotiz vom 17. Juni 1914, in: EAF, Personalie *Theodor Wacker*. Erzbischof *Nörber* informierte darüber Kardinal *Della Volpe*, den Präfekten der Indexkongregation. Bei der Gelegenheit versicherte ihm der Freiburger Oberhirte, *Wacker* sei eine in jeder Beziehung integere Persönlichkeit und habe sich für die kirchliche Sache in Baden in hohem Maße verdient gemacht (*Nörber* an *Della Volpe*, Freiburg, 26. Juni 1914; das lateinische Konzept, in: ebenda).

⁴² Zur Veranstaltung des Windthorstbundes am 28. Juni 1914 in Emmendingen, auf der *Wacker* zur Indizierung öffentlich Stellung genommen hatte, siehe etwa: »Eine Erklärung Wackers«, in: KV vom 29. Juni 1914. Durch eine Pastorale des Bischofs *Alfonso Archi* von Como, in dem er sich mit den innerdeutschen Verhältnissen kritisch auseinandersetzte, erfuhr die aufgeheizte Atmosphäre eine zusätzliche Verschärfung. Hierzu vgl. die aufschlußreichen Schreiben von *Hertling* an *Ritter*, München, 4. Juli 1914, in: BayHStA, Bayerische Gesandtschaft. Päpstlicher Stuhl 906; *Hertling* an *Julius Bachem*, München, 11. Juli 1914; Abschrift in: AGG, Nr. 4. In der Presse wurde dieses Hirtenschreiben tagelang entsprechend der jeweiligen Positionen kommentiert und beurteilt.

Gewissen mir sagt. Kein anderes Moment hat meine Entschließung beeinflusst . . . Was ich sprach und schrieb, richtet sich in keiner Weise gegen die kirchliche Autorität und deren Träger, sondern ausschließlich gegen Anschauungen und Bestrebungen der Kreise, die unter dem Namen ›Integrale‹ und ›Quertreiber‹ bekannt sind. Ich versuchte den Nachweis dafür zu erbringen, daß deren Anschauungen und Bestrebungen unmöglich verwirklicht werden können und daß es wie für das Zentrum so namentlich für die kirchliche Autorität und deren Träger höchst bedenklich werden könnte, wenn man es versuchen wollte. Die dogmatische und kanonistische Seite der Sache, also die Frage nach der Zuständigkeit der kirchlichen Autorität an sich, habe ich mit Bedacht beiseite gelassen, wie ich ausdrücklich bemerkte. Es war also nicht meine Absicht, die kirchliche Autorität in Frage zu stellen, sondern auf Gefahren für dieselbe hinzuweisen. Niemals habe ich die Meinung gehegt oder ausgesprochen, daß die kirchliche Autorität kein Recht habe, katholischen Politikern im allgemeinen und Zentrumspolitikern im besonderen – seien sie Priester oder Laien – nach irgendeiner Richtung hin etwas zu sagen.«⁴³

Die Indexkongregation wies jedoch die Unterwerfungserklärung *Wackers* vom 17. Juni als ungenügend zurück. Schuld daran trug seine erwähnte Rede in Emmendingen, aufgrund derer er von Integralen in Rom wiederum denunziert worden war⁴⁴. Die zuständige kirchliche

⁴³ *Wackers* schriftliche Erklärung, zunächst für das Erzbischöfliche Ordinariat bestimmt, liegt in: EAF, Personalia *Theodor Wacker*; den Wortlaut druckten die größeren und bekannteren Zentrumsblätter Nord- und Süddeutschlands ab (vgl. etwa: »Meine Unterwerfungs-Erklärung gegenüber dem Verdikt der Index-Kongregation«, in: Badischer Beobachter, Nr. 187, Erstes Blatt vom 10. Juli 1914). Die katholischen Abgeordneten des Zentrums der II. Kammer im Großherzogtum Baden, die schon am 10. Juni eine einmütige Vertrauenskundgebung an *Wacker* gerichtet hatten (der Text in: Badische Landeszeitung, Nr. 295, Mittagsblatt vom 30. Juni 1914), wandten sich Mitte Juli in einem ausführlichen, ergreifenden Schreiben an den Hl. Vater, in dem sie ihn zugunsten ihres greisen Parteifreundes über die wahren Verhältnisse in Baden informieren wollten. Ein Exemplar dieses Dokuments mit der Abschrift des italienischen Begleitschreibens vom 12. Juli 1914 an den Kardinalstaatssekretär *Merry del Val*, unterzeichnet vom stellvertretenden Vorsitzenden der badischen Zentrumsfraktion, Rechtsanwalt Dr. *Ferdinand Kopf*, liegt in: EAF, Personalia *Theodor Wacker*. Einige der wichtigsten Passagen daraus finden sich abgedruckt bei: *Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie, Bd. 8, Köln 1931, 207f. Am 15. Juli bat der Abgeordnete *Kopf* den Münchener Kardinal *Bettinger*, sich für die Aufhebung der Indizierung von *Wackers* Aufsatz zu verwenden beziehungsweise darauf hinzuwirken, daß die gesamte Angelegenheit einer erneuten Überprüfung unterzogen werde (EAM, Kasten 29/2; diesem Schreiben liegt eine Kopie des Briefes an den Papst bei).

⁴⁴ *Della Volpe* an *Nörber*, Rom, 16. Juli 1914; das Schriftstück des Präfecten der Indexkongregation, das P. *Esser* mitunterzeichnete, befindet sich in: EAF, Personalia *Theodor Wacker*.

Behörde in Freiburg sah sich deshalb genötigt, von *Wacker* eine neue, für die Indexkongregation endgültig überzeugende Erklärung zu verlangen. Zu diesem Zweck bereitete das Erzbischöfliche Ordinariat einen entsprechenden Text vor, den der indizierte Geistliche am 13. August 1914 unterzeichnete⁴⁵. Rom brachte dagegen keine weiteren Einwände vor und gab sich damit zufrieden.

Inzwischen war der Erste Weltkrieg ausgebrochen, der andere Probleme in den Vordergrund schob und den unseligen Bruderzwist rasch vergessen ließ. Dazu verhalf ebenfalls der Wechsel des Pontifikats – Papst *Benedikt XV.* bestieg am 6. September 1914 die Kathedra des hl. Petrus –, der die Beilegung der Querelen um den konfessionellen Charakter der Zentrumspartei und um die christlichen Gewerkschaften erleichterte. In seiner Antrittsenzyklika »*Ad beatissimi Apostolorum Principis*« vom 1. November 1914 beschwor der Papst die Katholiken eindringlich, alle bestehenden Gegensätze und Uneinigkeiten zu beseitigen und fortan eins zu sein im Denken und Handeln. *Theodor Wacker* hat noch das Ende der über zwei Jahrzehnte andauernden Streitigkeiten erleben dürfen. Im Alter von 76 Jahren verstarb er am 9. November 1921 im St. Josefskrankenhaus zu Freiburg.

⁴⁵ Das lateinische Konzept der von *Wacker* unterschriebenen Erklärung und des dazugehörenden Beiberichts von Erzbischof *Nörber*, datiert vom 11. beziehungsweise 12. August 1914, in: EAF, *Personalalia Theodor Wacker*; beachte außerdem in derselben Sache das Einschreiben *Nörbers* an Nuntius *Frühwirth*, Freiburg, 14. August 1914, in: ebenda.